Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 146 | Dresden, Montag den 28. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Das Programm der neuen Regierung

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 28. Juni.

Vor vollbesetztem Hause gab Reichskanzler Fehrenbach die Regierungserklärung ab. Der ernsten Verantwortung, die sie der Volksgesamtheit gegenüber auf sich genommen hat, ist sich die neue Regierung bewußt. Der Schwere der sie erwartenden Aufgaben entsprechen die außerordentlichen Schwierigkeiten, die bei der Bildung überwunden werden mußten. Wenn die Regierung trotzdem entschlossen an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangeht, so tut sie es in der Zuversicht, daß das hohe Haus von dem gleichen Verantwortungsgefühl beseelt, ein durch gegenseitiges Vertrauen getragenes Arbeiten ermöglichen und nach Kräften fördern wird.

Nachdem dann der Kanzler unter dem Beifall des Hauses der alten Regierung den herzlichsten Dank des Vaterlandes ausgesprochen hat, fährt er fort: Das Programm der neuen Regierung, das ich Ihnen nunmehr unterbreite, ist entsprechend unsern Verhältnissen das Ergebnis eingehender Beratungen des ganzen Kabinetts. Hocherfreulicherweise ist darin eine lückenlose Uebereinstimmung sämtlicher Kabinettsmitglieder zutage getreten.

Die Konferenz von Spa steht unmittelbar bevor. Alle unsre Beziehungen zum Ausland stehen unter dem Zeichen des Friedensvertrages von Versailles. Die Lasten, die er dem deutschen Volke auferlegt, sind unermeßlich groß und in ihrer vollen Schwere kaum erkannt. Nachdem aber Deutschland den Vertrag angenommen hat, kann es für die Reichsregierung, solange sich die bisher feindlichen Staaten nicht zu Aenderungen verstehen, keine andern Richtlinien der innern wie der äußern Politik geben, als ihn nach Kräften zu erfüllen. Insbesondere die Verpflichtungen über die Herabsetzung unsres Heeres müssen ehrlich erfüllt werden, ohne Hintergedanken.

In der parteipolitischen Zusammensetzung unsres Kabinetts kann die Stellungnahme in diesen Fragen nicht zum Ausdruck kommen. Die parteipolitische Zusammensetzung hat auf die Stellungnahme der Regierung in dieser Sache keinen Einfluß. Nachdrücklichst muß ich feststellen, daß auch die bisherige Regierung für die Durchführung des Friedensvertrages mehr getan hat, als erwartet werden konnte.

Sie wird es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, der verhängnisvollen Wechselwirkung, die zwischen dem Mißtrauen der Gegner und dem Mißlingen der Erfüllung der Friedensbedingung besteht, ein Ende zu machen, indem wir unsre früheren Gegner überzeugen, daß im deutschen Volke keine Revanchegedanken Boden gefunden haben. Wenn wir diese harte Arbeit leisten, so darf man von uns nicht das Unmöglichste fordern, nicht durch unverständige Auslegung des Vertrags die Arbeitsfähigkeit Deutschlands zu stören. Auch in den ehemals feindlichen Ländern sind neuerdings Stimmen laut geworden, die ein Verständnis dafür beweisen, daß wir, um Schäden wieder gutmachen zu können, zunächst selbst zu einer erhöhten, gegen Unruhe und Unfrieden geschützten Produktion gelangen müssen. Diese Stimmen geben uns Grund zur Zuversicht, daß dieser Gedanke auf der Konferenz in Spa Widerhall finden wird, und daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, gangbare Wege zu finden. An dem ehrlichen Willen der deutschen Regierung wird es dabei ebensowenig fehlen, wie an der Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, alle seine Arbeitskraft für Erreichung eines wahren Friedens zwischen den Völkern einzusetzen.

Der Reichskanzler wendet sich dann andern Fragen zu. Unsre vornehmste Sorge ist der Wiederaufbau des Vaterlandes. Es ist der einheitliche und feste Wille der Regierung, ihn auf dem Boden der republikanischen Staatsform weiterzuführen. Alle Parteien müssen jetzt verfassungsrechtliche Kämpfe zurücktreten lassen. Wir lehnen jeden Versuch, der auf Errichtung einer Klassenherrschaft hinausläuft, ab. Unser Ziel ist eine Politik für Versöhnung und des Ausgleichs auf sozialem und kulturellem Gebiet. Deshalb bekämpfen wir jeden Klassen- und Rassenhaß, jede soziale und religiöse Vergewaltigung. Was uns jetzt vor allem not tut, ist Ruhe und Ordnung in unserm Staatsleben. Die Regierung appelliert deshalb an das gesamte deutsche Volk, gleichgültig welcher Parteirichtung. Führen wir den schrecklichen Krieg nicht fort im Innern, nachdem er an den Grenzen des Reiches ausgetobt hat! (Zuruf der Unabhängigen: Das sagen Sie nur der Rechten.)

•

Zwei Interpellationen

Antrag Müller-Franken und Genossen: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend den Bielefelder Vereinbarungen vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Antrag Frau Ansorge und Genossen (Mehrheitssoz.): Was gedenkt die Reichsregierung gegen die Zunahme der Arbeitslosigkeit zu tun und wie gedenkt sie insbesondere in der jetzigen Krise die Stillegung von Betrieben zu verhindern und Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose zu schaffen?

Ein Jahr Friede

28. Juni 1919 bis 28. Juni 1920

Von Dr. Werner Peiser

Vor einem Jahre, nachmittags 3 Uhr 12 Minuten, unterzeichneten im Spiegelsaal zu Versailles die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen.

In diesen kurzen und nüchternen Worten, mit denen vor einem Jahr die Tatsache der Friedensunterzeichnung der aufhorchenden Menschheit mitgeteilt wurde liegt eine Tragödie enthalten, wie sie schwerer wohl kaum jemals über ein Volk hereingebrochen ist. Das Jahr, das zwischen jenem denkwürdigen Augenblick und heute liegt, ist überreich an Geschehnissen bemerkenswerter Art, und doch lassen sich alle außer- wie innerpolitischen Ereignisse auf die 4½ Jahre des Weltkrieges, der mit der Friedensunterzeichnung in Versailles seinen formellen Abschluß fand, zurückführen.

Was in den vergangenen 365 Tagen geschehen ist, würde genügen, um ganze Generationen mit schicksalsschwerem Geschehen zu bedenken. Daß das deutsche Volk überhaupt imstande war, es noch so zu ertragen, wie es tatsächlich geschehen ist, ist ein Zeichen seiner inneren Stärke und Unbesiegbarkeit.

Heute die Frage aufzuwerfen, ob bei einer Ablehnung der Unterzeichnung des Friedensdiktates die Lage eine bessere geworden wäre, ist müßig. Die Ereignisse dürften gezeigt haben, daß der damals von der Regierung eingeschlagene Weg der richtige war. Die Ablehnung der Friedensunterzeichnung hätte den unaufhaltsamen Weg in den Abgrund bedeutet, und in diesem Sinne schrieb der Vorwärts am 23. Juni 1919:

„Auch die Anhänger der Unterzeichnung sind hinmelweit von jubelnder Freude darüber entfernt, daß ihre Ansicht durchgedrungen ist. Sie wissen gut genug, was dieser Friede für das deutsche Volk bedeutet. Aber ein Gefühl der Beruhigung wird durch das ganze Volk gehen, daß die unübersehbaren Schrecknisse und Leiden, die eine Ablehnung heraufbeschworen hätten, nun abgewendet sind. Die Hoffnung auf einen — wenn auch noch so mühseligen und langsamen Aufstieg aus tiefstem Elend dämmert auf, weil wenigstens doch der Friede da ist."

Beide Empfindungen, die in diesen Worten ausgesprochen worden sind, Resignation wie Hoffnung, haben durch den Verlauf der Tatsachen ihre Bestätigung gefunden. Wie damals so ist auch heute noch zum Jubel kein Anlaß, und doch — wenn man heute nach einem Jahr feststellen kann, daß der Weg nicht weiter in den Abgrund, sondern, wenn auch ganz leise nur, aufwärts führt, so liegt hierin die Rechtfertigung des in jenen Zeilen ausgesprochenen Hoffens.

Die Skepsis, die damals bei den Anhängern wie Gegnern der Friedensunterzeichnung herrschte, war nur zu berechtigt. Deshalb suchte man sich — das heute in die Erinnerung zurückzurufen, dürfte nicht ganz unangebracht erscheinen — durch einen letzten Protest noch einen Ausweg aus dem Unglück zu bahnen. Daß dieser Protest zwecklos war, war von vornherein vorauszusehen, und so waren die von tiefster Not zeugenden Worte, die der Vorwärts Montag den 23. Juni abends, schrieb, gerade wegen seiner Bitterkeit nur zu berechtigt:

„Hätte man sich den letzten Protest erspart, so wäre vor der Welt noch klarer geworden, daß diese Unterzeichnung eine Unterzeichnung mit geschlossenen Augen ist. Wir unterzeichnen wie ein Mann, dem ein Erpresser mit vorgehaltenem Revolver einen Wechsel zur Unterschrift vorlegt. Es hat gar keinen Zweck für diesen Mann, sich erst davon zu überzeugen, ob dieser Wechsel über Millionen, Milliarden oder Trillionen lautet, wenn er weiß, daß er für die bescheidenste Einwendung gegen die Höhe der Erpressung über den Haufen geschossen wird. Nur um dem deutschen Volk ein ähnliches Schicksal zu ersparen, soll den Friede unterzeichnet werden."

Wir haben den Sprung gewagt. Wir können nicht sagen, daß er mißglückt, aber auch nicht, daß er gelungen ist. Nur soviel können wir feststellen: der Springer lebt, und das ist unter den gegebenen Verhältnisse das Beste, was überhaupt erwartet werden konnte.

In dem, was das deutsche Volk seit dem 28. Juni vorigen Jahres an inneren und äußeren Schicksalsschlägen zu erdulden hatte, liegt eine tiefe und große Tragik. Nichts, was überhaupt einem besiegten Volk auferlegt werden konnte, blieb ihm erspart, und auch heute ringt es mühsam nach dem Weg, der in die Höhe führt. Die Tragik wird erhöht, wenn man sich heute sagen muß, daß dem äußeren Feinde der innere sekundierte. Gewiß soll den Radauelementen von der linken Seite nicht vergessen werden, was sie, namentlich im Winter, getan haben, um die deutsche Wirtschaft völlig zu zertrümmern. Weit größer aber ist das Verbrechen unsrer Alldeutschen, die bis in diese Tage, bis in diese Stunde hinein, sich mühten und mühen, dem Volk zu nehmen, was des Volkes ist. Noch hat sich die Erkenntnis nicht in dem erforderlichen Maßstab Bahn gebrochen, daß dieselben Kreise, die das Volk skrupel- und gewissenlos 1½ Jahre lang an die Schlachtbank führten, heute durch ihr militaristisches Auftreten und ihren geistlosen Appell an die Gewalt des Säbels und des Maschinengewehres uns täglich aufs neue Repressalien unsrer ehemaligen Gegner aussetzen. Das Wahlergebnis vom 6. Juni hat vielmehr gezeigt, daß ein großer Teil der deutschen Wähler, in begreiflicher Verbitterung über die traurigen Zustände in der Republik verblendet, seine Stimme denen gab, die zwar viel versprechen, es zu halten aber nicht imstande sind. Dieselben Parteien, die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei, erklärten sich, nachdem sie die Sozialdemokratie mit allen nur erdenklichen Schmutzkübeln übergossen haben, außerstande, selbst eine Regierung zu übernehmen, weil sie wissen, daß in der Arbeiterrepublik eine Regierung gegen die Arbeiter nicht mehr möglich ist. Dieselben Leute aber sind es, die am lautesten nach einer Ablehnung der Friedensunterzeichnung riefen und damit Deutschland neuen inner- und außerpolitischen Verwicklungen auszuliefern suchten.

Zum Jubeln ist heute nach einem Jahr, wie gesagt, kein Anlaß. Schwer und ernst liegt die Zukunft vor uns. Aber in dieser Zeit der Not erscheint es nicht angebracht, immer auf neue Wolken, die vielleicht sich einst zusammenzuziehen drohen, hinzuweisen, sondern der Glaube an die Zukunft darf nicht aufgegeben werden, soll überhaupt noch an eine Gesundung Europas gedacht werden können. Wir haben keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß die Revision des Versailler Friedensvertrags auch für die Sozialdemokratie das vornehmste Ziel ist, und in diesem Sinne betonten und betonen wir, daß der Versailler Akt nicht der letzte war. Noch heute gilt deshalb, was der Vorwärts am 24. Juni 1919 schrieb, gilt als Programm, als Hoffnung und als Zuversicht: „Verzagt nicht! Verzweifelt nicht! Laßt nicht den Mut und alle Hoffnung sinken! Der Tag der Auferstehung kommt uns gewiß! Die Schmach, die man uns anzutun unternimmt, wird eines Tages auf die Gegner zurückfallen. An diesem Tage aber müssen wir gewappnet mit aller Spannkraft der Muskeln und des Willens mit aller Elastizität bereit sein, den Platz einzunehmen, der einem Volke von der Größe, Fähigkeit, Tüchtigkeit und Zähigkeit des deutschen zukommt. Glaubt nicht, daß die gestrigen Beschlüsse in Weimar den letzten Akt in der Geschichte des deutschen Volkes darstellen.

Es war gewiß nicht der letzte Akt!"

Meuterei in Ancona

Rom, 28. Juni. In Ancona meuterte gestern ein Bataillon Bersagliori, nahm die Offiziere gefangen und verhinderte mit Maschinengewehren jede Annäherung. Gleichzeitig wurde in der Stadt der Generalstreik erklärt. Offiziere wurden in den Straßen tätlich angegriffen. Die Meuterer machten einen Ausfall mit Panzerwagen. Viele Personen wurden verwundet. Endlich schlossen Regierungstruppen die Kaserne mit Schützengräben ab und Geschütze wurden aufgefahren, worauf die Meuterer sich ergaben. — Die Epoca meldet, daß es sich weniger um eine Revolte, als um eine Art Pronunziamiento handle, da die Regierung beabsichtigen soll, das Bersaglieri-Korps größtenteils aufzulösen. Journal d'Italia meldet im Zusammenhang mit der Meuterei die Verhaftung des Anarchisten Malatesta, der in allen größeren Städten den Aufruhr vorbereite und offenbar mit fremdem, auch mit jugoslawischem Gelde die Bewegung finanziere.

•

Rom, 27. Juni. In der Kammer wurde die Diskussion der Regierungserklärung weitergeführt. Turati (Soz.) bemerkte, nicht im Namen seiner Partei, aber auch nicht entgegen den allgemeinen Richtlinien seiner Parteigruppe zu sprechen. Gegenwärtig, führte er aus, suchen alle Parteien nur zum Wohle des Landes und zu ihrem eigenen Wohle zu handeln. Das gleiche wolle der Sozialismus. Turati erachtet das Finanzprogramm Giolittis als unzulänglich. Nach seiner Ansicht lasse die finanzielle Lage keine allmähliche stufenweise Lösung zu. Das Programm zur Unterdrückung von Kriegsursachen sollte die Aufhebung des Friedensvertrages von Versailles enthalten. Nach eingehender Kritik der durch die Regierung vorgenommenen Maßnahmen entwickelte Turati ein sozialistisches und ein Agrarreformprogramm, das seiner Meinung nach das Land retten würde. Kriegsminister Bonomi beantwortete mehrere Fragen über die Zwischenfälle in Ancona, der aus organisatorischen Gründen erforderliche Abtransport eines Bataillons gebe verschiedenen Leuten einen Vorwand, um eine antimilitaristische Kundgebung zu veranstalten. Der Minister schloß seine Rede mit dem Hinweis darauf, daß die Armee auch weiterhin Beweise ihrer Disziplin und Selbstverleugnung geben werde. Die Sozialisten drangen in Bonomi, damit er sage, wohin die Truppen von Ancona versetzt werden. Es entstand ein ungeheurer Lärm, so daß der Präsident sich veranlaßt sah, die Sitzung aufzuheben. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wiederholte Giolitti, daß die Regierung auf Albanien verzichte und nur die Unabhängigkeit Albaniens wünsche. Ein sozialistischer Deputierter warf ein: Valona inbegriffen? Giolitti erwiderte: In Valona wurden unsre Soldaten vom Feinde angegriffen und mußten sich verteidigen. Ich bin überzeugt, daß, wer auch an meiner Stelle stehen würde, keiner es zulasse, daß italienische Soldaten ermordet würden. Dann folgte ein Handgemenge zwischen Sozialisten und Bürgerlichen; ein großer rauschender Knäuel bildete sich vor Giolitti, der seine Ruhe behielt. Die Tribünen wurden geräumt.

•

Orlandos Nachfolger

Rom, 28. Juni. Die Kammer wählte als Nachfolger Orlandos den Neapeler Demokraten Denicola zum Präsidenten. Denicola, der kaum vierzigjährig im Jahre 1913 Abgeordneter wurde, hat bei der letzten Ministerkrise den Eintritt in das Kabinett abgelehnt.

Keine Verschiebung des preußischen Abstimmungstermins

Warschau, 27. Juni. Der Vorschlag Polens, den Zeitpunkt der Abstimmung in West- und Ostpreußen zu verschieben, wurde von den Alliierten abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt also am 10. und 11. Juli.

Verhandlungen mit Ungarn

Wien, 27. Juni. In den Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Vertretern der ungarischen Regierung sind aus Amsterdam hier angekommen: für die englischen Gewerkschaften Appleton, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, und der Sekretär der österreichischen Gewerkschaften Hulber, der vor kurzer Zeit nach Amsterdam gereist war. Ungarn wird durch den Wiener ungarischen Gesandten Dr. Graz vertreten. Außerdem werden die Gewerkschaften der Tschechoslowakei und Jugoslawiens bei den Beratungen vertreten sein.

Das Ung. Korr.-Bureau meldet, die ungarische Regierung habe ihren Gesandten in Wien beauftragt, den Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes Aufklärung darüber zu erteilen, daß die Angaben, mit denen der Boykottbeschluß notifiziert ist, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.

Budapest, 27. Juni. Der Präsident der ungarischen Kreditbank ist nach Paris abgereist, um dort die Verhandlungen wegen der Verpachtung der ungarischen Eisenbahnen, Eisenwerke und der Geschützfabriken an ein französisches Konsortium zu führen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200628/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG